



Bundestag Aktuell

Andreas Mattfeldt MdB

02.03.2012

Verden - Osterholz



Deutscher Bundestag
Andreas Mattfeldt, MdB



Liebe Freunde,

auch wenn ich mich sehr über das Verhalten der griechischen Regierung sowie der Bevölkerung Griechenlands geärgert habe, halte ich die Herstellung einer tragfähigen Lösung für Griechenland wichtig für die grundlegende Überwindung der Staatsschuldenkrise in Europa. Ich erwarte keine Huldigungen, aber ein Dankeschön in der einen oder anderen Form hätte Griechenland schon äußern können, angesichts der bereits erfolgten Hilfen und der jetzt erneut bewilligten Hilfen an die Griechen. Ich habe im Leben immer gelernt, beiße nicht in die Hand, die Dich füttert. Deshalb hat mich der Widerstand der Griechen schon sehr verärgert. Trotz allem erscheint es nach derzeitiger Lage sinnvoll, dass wir Griechenland unterstützen, um den Euro zu retten. Deshalb habe ich auch dem zweiten Rettungspaket zugestimmt. Andererseits erwarte ich aber auch von Griechenland Anstrengungen, damit das Land wirtschaftlich wieder auf die Füße kommt und seinen Staatshaushalt langfristig konsolidiert. Das zweite Hilfspaket greift Griechenland mit bis zu 130 Milliarden Euro unter die Arme. Hinzu kommen die noch nicht verausgabten 24,4 Milliarden Euro aus dem ersten Griechenland-Paket. Aber der Schlüssel zum Erfolg liegt in Griechenland selbst. Nur wenn die dort politisch Verantwortlichen den eingeschlagenen Weg aus eigener Überzeugung gehen, können die Hilfen ihre Wirkung entfalten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Koalitionsarbeitsgruppe ländlicher Raum

Die Herausforderungen für den ländlichen Raum sind vor allem meiner Fraktion und mir ganz persönlich ein großes Anliegen. Deshalb habe ich sofort zugesagt, als mich mein Fraktionsvorsitzender Volker Kauder gebeten hat, mein Wissen und meine Erfahrungen in die neu gegründete Koalitionsarbeitsgruppe einzubringen. Bis zum Sommer wollen wir konkrete Ergebnisse erarbeiten. Mir ist es wichtig, die Lücke zwischen Städtebauförderung und den Dorferneuerungsrichtlinien zu schließen. Während die Städtebauförderung erst ab einer Einwohnerzahl von 10.000 greift, ist die Förderung durch Dorferneuerung nur bis zu einer Einwohnerzahl von 3.000 möglich. Die Ortschaften mit einer Größe, die dazwischen liegt, gehen leer aus. Gerade aus meiner Zeit als Bürgermeister weiß ich, wie viele Ortschaften in den Landkreisen Verden und Osterholz in diese Lücke fallen. Außerdem möchte ich den Menschen ganz ehrlich sagen, dass wir aufgrund der demographischen Entwicklung künftig in immer weiter schrumpfenden kleinen Ortschaften die Infrastruktur nicht wie bisher aufrecht erhalten können. Dies führt dazu, dass in den kommenden Jahrzehnten kleine Ortschaften an die Natur zurückzugeben sein werden.



Bundespräsident für Freiheit und Einheit

Joachim Gauck ist gemeinsamer Kandidat der vier größten Fraktionen in der kommenden Bundesversammlung: CDU/CSU, SPD, GRÜNE und FDP haben sich geeinigt, den ehemaligen Pfarrer und Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen für die Stasi-Unterlagen für das Amt des Bundespräsidenten vorzuschlagen. Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Initiative, einen parteiübergreifend getragenen Kandidaten benennen zu wollen, den Weg für eine gemeinsame Lösung eröffnet. Das überzeugende Ergebnis stößt bei den Menschen in unserem Land auf große Zustimmung.

Es ist gut, dass nach dem Rücktritt des bisherigen Bundespräsidenten Christian Wulff, dem wir für seine Impulse als Staatsoberhaupt danken und dem ich ganz persönlich für seine zahlreichen Verdienste als Ministerpräsident Niedersachsens dankbar bin, zügig Gespräche über die Nachfolge aufgenommen wurden. Und es ist gut, dass so schnell ein gemeinsamer Vorschlag unterbreitet werden konnte. Die 15. Bundesversammlung tritt übrigens am 18. März zusammen, einem Datum mit interes-

santen Bezügen zur deutschen Geschichte: 1848 Märzrevolution in Berlin und 1990 erste freie Volkskammerwahl in der DDR und Ost-Berlin.

Joachim Gauck hat einen beeindruckenden Lebensweg aufzuweisen: Geboren 1940, aufgewachsen in der DDR, Studium, Pastor und nach der Wende Volkskammerabgeordneter des Neuen Forums und Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Joachim Gauck wird wichtige Anregungen für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit und unsere gemeinsame Zukunft geben. Sein Thema ist die Freiheit in Verantwortung. Parteiendemokratie und Bürgergesellschaft gehören für ihn ebenso zusammen. Wir sind sicher, dass er der politischen Debatte neue Impulse geben und sie mit seiner Sichtweise bereichern wird.

Wir hatten Joachim Gauck am Dienstag in unserer Fraktionssitzung zu Gast und es war eine sehr interessante Diskussion mit ihm.

Reallöhne im Jahr 2011 weiter gestiegen

Die Reallöhne in Deutschland sind im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich um 1% gestiegen, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Zwar hat sich der Anstieg der preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer damit gegenüber 2010 (1,5%) leicht abgeschwächt, blieben aber trotz stark anziehender Verbraucherpreise trotzdem im positiven Bereich. Noch 2009 waren die Reallöhne rückläufig.

Im vergangenen Jahr stiegen die Nominallohne um 3,3%, vor allem durch den weiteren Abbau der Kurzarbeit. Dieser Wert lag über der Inflationsrate von 2,3%, so dass die Arbeitnehmer unter dem Strich real 1% mehr Lohn in der Tasche hatten.

Detaillierte und endgültige Daten, die dann auch nach Wirtschaftszweigen, Beschäftigungsumfang und Geschlecht untergliedern, veröffentlicht das Statistische Bundesamt voraussichtlich am 22. März 2012.

Koalition packt Abbau der kalten Steuerprogression an

Aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs verdient der Staat an der Inflation mit. Selbst, wenn die Arbeitnehmer über Tarifsteigerungen einen Kaufkraftausgleich erreichen, führt der progressive Steuerzugriff dazu, dass den Menschen am Ende real weniger Kaufkraft verbleibt als vor der Gehaltssteigerung. Wir halten diesen Effekt für ungerecht. Daher haben wir in dieser Woche einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das korrigiert wird. Und wir stellen sicher, dass dies kein einmaliger Akt bleibt: Eine regelmäßige Überprüfung der Wirkung der kalten Progression im Tarifverlauf soll ab der nächsten Wahlperiode im 2-Jahres-Rhythmus stattfinden. Opposition und rot-grün regierte Länder verweigern sich hier der Gerechtigkeit und müssen sich fragen lassen, warum sie den Automatismus des verschärften Steuerzugriff beibehalten und so hart arbeitende Menschen über Gebühr belasten wollen. Wir dagegen setzen unser Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um, die Steuern einfach, niedrig und – darum geht es hier vor allem – gerecht auszugestalten. Mit dem Abbau der kalten Progression werden wir überdies der verfassungsmäßig gebotenen Anhebung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums gerecht. Selbst hier verweigert sich die Opposition.

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 71322
Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range



CDU